

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

48. Sitzung
17. November 2014

Beginn: 12.03 Uhr
Schluss: 14.02 Uhr
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelles aus der Senatsverwaltung

[0045](#)
GesSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Zwischenbericht SenGesSoz – II C 17 – vom
23.04.2014
Rote Nummer 0538 K
**Zentrale Stelle für Rahmenvertrags- und
Entgeltverhandlungen im Land Berlin – Entgeltstelle
soziale Dienstleistungen -
hier:
1. Reform des Berliner Rahmenvertrags Soziales
2. Rahmenvertrag Hilfe zur Pflege**
(Berichtsauftrag aus der 59. Sitzung am 09.04.14)
- [0175](#)
GesSoz
Haupt
- b) Bericht SenFin – II ESD – vom 28.03.2014
Rote Nummer 0538 H
**Zentrale Stelle für Rahmenvertrags- und
Entgeltverhandlungen im Land Berlin
- Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen –**
(Berichtsauftrag aus der 53. Sitzung am 11.12.13)
- [0177](#)
GesSoz
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/1405
**Hohe Qualitätsstandards bei der
Flüchtlingsunterbringung sicherstellen – Heim-TÜV
einführen**
- [0149](#)
GesSoz
- b) Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/1413
**Mindeststandards auf hohem Niveau in allen
Berliner Flüchtlingsunterkünften gewährleisten**
- [0150](#)
GesSoz
- c) Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Piratenfraktion
Drucksache 17/1850
Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen
- [0201](#)
GesSoz
Haupt
- d) Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/1937
**Keine Vetternwirtschaft auf dem Rücken der
Geflüchteten**
- [0208](#)
GesSoz
Haupt

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Mir ist soeben signalisiert worden, dass die Tagesordnungspunkte 4a) und 4b) nach einer interfraktionellen Absprache der Fraktion Die Linke und

der Piratenfraktion vertagt werden sollen. Wir haben dann nur noch über die Tagesordnungspunkte 4c) und 4d) zu befinden. Wird eine Begründung durch die antragstellenden Fraktionen gewünscht? – Bitte, Herr Thomas!

Heiko Thomas (GRÜNE): Ich möchte nicht begründen, sondern um ein Wortprotokoll bitten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Das machen wir! – Es gibt also keine Begründung zum Antrag 4c)? Doch! – Bitte, Frau Bayram!

Canan Bayram (GRÜNE): In dem Antrag geht es darum, dass wir eine Konzeption einfordern, in der die verschiedenen Instrumente eingesetzt werden, um zu gewährleisten, dass es eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen gibt. Dem Ganzen ist natürlich immanent, dass wir der Ansicht sind, dass es eine solche Konzeption bisher nicht gibt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Bayram! – Die Piratenfraktion hat jetzt die Möglichkeit, den Antrag zu Tagesordnungspunkt 4d) zu begründen. Herr Reinhardt möchte begründen, und dazu müssen wir uns wieder die Genehmigung des Ausschusses einholen. Für Frau Bayram ist das auch der Fall! – Das haben Sie mir aber spät gesagt, Frau Bayram! – Wir freuen uns über die beiden Kollegen. – Bitte, Herr Reinhardt!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Zum Antrag 4c) hat Frau Bayram schon etwas gesagt; ich möchte noch einen Punkt hinzufügen: Wir haben jetzt eine Situation, gerade in Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen, die sich quasi wöchentlich ändert. Wie schon erwähnt, ist die Information dazu relativ katastrophal. Wir haben einen Sozialsenator, der noch im Sommerinterview gesagt hat: So etwas wie in Hamburg, mit Containerlagern, Tragflughallen und Zelten gibt es bei uns nicht. – Kurze Zeit später kam dann die Information, dass jetzt doch Container zur Unterbringung von Flüchtlingen nach Berlin kommen sollen. In den letzten Wochen kam auch noch der Vorschlag, jetzt doch mit Tragflughallen zu arbeiten. Alles das, was gerade noch im letzten Sommer ausgeschlossen wurde, steht jetzt doch an.

Es ist so, dass die Informationen an uns immer erst über die Presse erfolgen, und letztendlich werden auch die Bezirke spät informiert – Sie hatten das gerade angesprochen. Dass gerade die Dinge, die vorher ausgeschlossen wurden, zu denen uns eigentlich schon zugesagt wurde, dass es so etwas nicht geben soll, jetzt doch kommen sollen, das ist ein Punkt, über den wir auch noch debattieren müssen. Die SPD-Fraktion hat ja auch klar Position bezogen und gesagt, das mit den Containerlagern wäre vielleicht noch ein Ding, aber das mit den Tragflughallen wäre aus ihrer Sicht völlig unverantwortlich, das lehne sie ab. Das heißt, das ist noch etwas, was wir in die Debatte mit aufnehmen müssen. Wir erwarten auch noch eine Stellungnahme des Senats zum aktuellen Stand und ob das, was Sie schon mehrfach angekündigt haben, tatsächlich kommen soll.

Zum Antrag 4d): Das ist letztlich ein Dauerbrenner. Seit etwa zwei Wochen stehen diese Vorwürfe konkret im Raum, nachdem wir uns die letzten Jahre immer wieder intensiv mit der Materie der Flüchtlingsunterkünfte beschäftigt haben. Jetzt haben wir noch die Situation, dass uns Senator Czaja eine interne und externe Aufklärung und Kontrolle versprochen hat. Der Landesrechnungshof sagt nun: Entschuldigung, aber wir lassen uns von jemand Externen, von einem Senator schon gar nicht beauftragen –, und erteilt letztendlich eine Klatsche. Heute haben wir nun die Situation, dass der Senator sagt, wir überlegen, dass wir doch eine externe

Prüfung beantragen, zum Beispiel durch eine Kanzlei. Das ist genau das, was wir letzte Woche noch gefordert haben, wo es dann hieß: Ach was, der Landesrechnungshof macht das schon. – Was Sie konkret vorschlagen, können Sie uns ja noch mal vorstellen, denn das müsste auch durch den Hauptausschuss gehen, und dann müssten wir uns Ihren Vorschlag natürlich genau angucken.

Das Problem bleibt, dass Sie uns Abgeordnete immer noch keine Einsicht gewähren. Wir fordern Akteneinsicht. Wir fordern, dass das Parlament umfassend informiert wird und wir die Möglichkeit bekommen, die Dokumente und Unterlagen anschauen zu können. Da gibt es momentan keine Bewegung. Sie verzögern und blockieren das, und es gibt anscheinend kein grundsätzliches Entgegenkommen, uns die Einsicht in diese Akten zu gewähren. Das ist der entscheidende Punkt, weshalb letztendlich auch der Antrag 4d) im Raum steht, weil wir nicht informiert werden und uns die Akteneinsicht nicht gewährt wird.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Wir kommen jetzt zur Aussprache. – Bitte, Frau Bayram!

Canan Bayram (GRÜNE): Tatsächlich steht zu beiden Anträgen, aber auch aufgrund der aktuellen Situation das eine oder andere im Raum. Die externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die möglichst auch Juristen mit dabei haben sollte und sich anschauen sollte, was in der Vergangenheit nicht so optimal gelaufen ist und jetzt besser laufen soll, kann im Moment nur das Instrument sein, mit dem wir die Situation aufklären. Denn selbst die Möglichkeit, die Antikorrupsionsstelle einzusetzen, würde voraussetzen, dass diese Stelle sich selbst für zuständig erklärt, was wiederum eine Fragestellung ist, die von Juristen gründlich geprüft werden muss. Das dauert aber bekanntlich. Deswegen finde ich es auf jeden Fall auch richtig, dass wir uns über die Frage verständigen, was wir genau geprüft haben wollen, um vor allem das zu gewährleisten, was das zentrale Anliegen ist, nämlich die Flüchtlinge so unterzubringen, dass jeder Cent, den wir als Haushaltsgesetzgeber bewilligen, tatsächlich bei den Flüchtlingen ankommt. Dabei will ich nicht unerwähnt lassen, dass ich mittlerweile auch gehört habe, wie mit den Hotelgutscheinen umgegangen wird. Auch das ist ein Verfahren, bei dem nicht der gesamte Betrag, der mit dem Hotelgutschein bewilligt wird, tatsächlich den Flüchtlingen zugutekommt, sondern es werden Vermittlungsanteile usw. einkassiert. Also, da haben wir wieder eine Notsituation der Flüchtlinge, irgendwo unterzukommen, und Leute, die daraus ihren eigenen Nutzen ableiten. Deswegen müssen wir auf jeden Fall aufklären, was da bisher schiefgelaufen ist. Leider haben wir aber auch die aktuelle Situation, dass es so, wie es jetzt läuft, nicht gut läuft.

Ein paar Fragen, die wir in dem Kontext erörtert haben, sind noch offengeblieben. Deswegen würde ich sie gern in diesem Zusammen stellen, auch weil sie im direkten Zusammenhang mit dem Antrag stehen. Ich frage den Senator daher, ob es zutrifft, dass Herr Allert die Mitarbeiter des LAGeSo Ende September 2012 über sein Verhältnis, nämlich Patenonkel von jemandem zu sein, der bei der Gierso beschäftigt ist, informiert haben will, den Staatssekretär a. D. Büge aber erst ca. sechs Wochen später, nämlich Mitte November. Gibt es einen sachlichen Grund für die spätere Information? Wurde lediglich mitgeteilt, dass es diese besondere Beziehung zwischen dem Präsidenten des LAGeSo und einem Mitarbeiter der Firma Gierso gibt, nach dem Motto, das ist eben das Patenkind, oder wurden auch Vorkehrungen erörtert – ich sage noch nicht mal beschlossen –, die vermeiden sollten, dass ein unerwünschtes Verhalten oder ein Anschein entsteht? Das heißt: Wurde irgendetwas gemacht, dass nicht nur der

Präsident sich sozusagen selbst davor schützt, dass er sein Patenkind begünstigt, sondern dass die Firma sich nicht auf dieses Verhältnis beruft, um in den Verfahren besser behandelt zu werden und dadurch Vorteile zu erreichen? Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um einer solchen möglichen Gefahr entgegenzuwirken?

Meine zweite Frage: Können Sie nach mehr als einer Woche erklären, warum seitens des LAGeSo mit Bezugnahme auf gute Geschäftsbeziehungen ca. 30 000 Euro, tja, geschenkt wurden? – Das wären die ersten Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Antrag stellen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Bayram! – Bitte, Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Uns liegt ja auch ein Änderungsantrag der Koalition vor, zu dem ich die Frage habe: Wie halten Sie es mit den Containerdörfern? Ich stelle diese Frage, weil in dem Ursprungsantrag der Oppositionsfraktionen steht, dass keine Container gekauft und keine Containersiedlungen aufgebaut werden sollen. Sie müssten noch mal erklären, wie Sie damit in Ihrem Änderungsantrag umgehen wollen.

Bevor die Senatsverwaltung zu ihrer Stellungnahme kommt, habe ich noch eine Frage zu den Containern. Herr Czaja! Sie hatten meiner Erinnerung nach in der letzten ordentlichen Ausschusssitzung gesagt, Sie befänden sich noch im Vergabeverfahren, die Container würden irgendwann bestellt. Wann wurden die Container bestellt? Wurden die überhaupt bestellt? Sind jetzt schon alle Container bestellt? Ich wüsste gern den Stand der Dinge, denn es wird schon mit dem Bauen begonnen, da wird es ja wohl schon Container geben.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass nun die Senatsverwaltung die Gelegenheit zu einer Stellungnahme hat. – Bitte, Herr Senator!

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Ich würde meine Antworten zunächst nach den drei wesentlichen Fragen differenzieren. Der erste Teil bezog sich auf die interne und externe Prüfung. Unser Interesse ist es – das habe ich auch in der letzten Ausschusssitzung deutlich gemacht –, rückhaltlos und ohne Ansehen der Personen zu einer Aufklärung dieses Sachverhalts zu kommen, damit wir uns auf die Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung konzentrieren können und auch, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LAGeSo vor möglicherweise falschen Anwürfen zu schützen, den Präsidenten zu schützen und unsere Aufgabe zu gewährleisten. Deswegen war unser Interesse, eine interne Prüfung dahin gehend zu haben – wie es die interne Revisions- und Korruptionsordnung vorschreibt –, nämlich die interne Revision damit zu beauftragen, die nach der internen Revisionsordnung jederzeit diese Aufgabe auch abgeben bzw. sich Sachverstand aus anderen Bereichen dazu holen kann.

Das zweite Interesse bestand darin, eine externe Überprüfung zu haben, indem ich den Landesrechnungshof gebeten habe, diese Prüfung vorzunehmen. Frau Claßen-Beblo – das habe ich auch schon in der Ausschusssitzung am Mittwoch zum Ausdruck gebracht – war in dieser Frage zunächst skeptisch, weil sie der Auffassung war, dass es schon staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gibt und damit ihre Prüfung zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig ist, weil die Staatsanwaltschaft bereits in gleicher Angelegenheit prüft. Sie hat mir dann in einem Schreiben am Freitag schriftlich mitgeteilt, dass sie derzeit eine Prüfung nicht für sachgemäß hält,

weil die Staatsanwaltschaft das derzeit prüft, sie aber im Anschluss eine Prüfung nicht nur dieses Vorgangs, sondern auch aller anderen Sachverhalte, die sich mit der Unterbringung von Flüchtlingen beschäftigen, übernehmen würde.

Da das mir jedenfalls zeitlich nicht ausreichend ist, bin ich der Auffassung, dass wir einen weiteren Weg gehen müssen, um eine externe Prüfung zu ermöglichen. Sie wissen, dass der Hauptausschuss seine Genehmigung dafür geben muss, um eine weitere externe Prüfung vornehmen zu lassen, denn Gutachten, Wirtschaftsprüfer oder Ähnliches sind vom Hauptausschuss zu genehmigen. Wir werden Ihnen dazu schnellstmöglich einen Vorschlag unterbreiten, um da in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen zu einer Beschlussfassung zu kommen, um eine externe Prüfung zu ermöglichen. Ich halte das für den richtigen Weg, einen externen Wirtschaftsprüfer – eine Kanzlei oder jemand anderes – zu beauftragen, der in diesem Sachverhalt Sachverstand hat.

Ich gehe davon aus, dass wir auch parlamentarisch in diesem Sachverhalt über den Prüfungsumfang noch eine Erörterung durchführen sollten, denn die Prüfungen, die ich gegenüber dem Rechnungshof und der Innenrevision erbeten habe, sind vor allem Prüfungen, die sich auf die Frage konzentrieren, ob der Präsident des LAGeSo in rechtswidriger Weise Einfluss auf getroffene Vergabeentscheidungen genommen hat, ob er Verträge unterschrieben hat, ob es Interessenkonflikte gab, ob in rechtswidriger Weise Einfluss darauf genommen wurde, dass Mängel oder Vertragsverletzungen nicht vollumfänglich nachgeprüft werden und ob möglicherweise Sanktionsmaßnahmen unterlassen wurden oder nicht in entsprechender Form erfolgt sind.

Frau Bayram, Sie haben eine zusätzliche Frage zur Zahlung der 30 000 Euro gestellt. – [Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN)] – Wie bitte?

Christopher Lauer (PIRATEN): Ich sagte nur, dass wir die Frage letzte Woche zwei- oder dreimal gestellt haben, sie aber nicht beantwortet wurde.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Weil sie Teil der Prüfung der Innenrevision ist. Insofern werden wir dem Hauptausschuss schnellstmöglich einen Vorschlag unterbreiten, wie eine externe Prüfung aussehen kann. Sie wissen, dass wir eine Beschlusslage im Hauptausschuss herbeiführen müssen, wenn der Kostensatz dafür höher ist als 10 000 Euro. Nach überschlägiger Kalkulation ist davon auszugehen, dass das der Fall ist. Alle Vergleiche mit landeseigenen Unternehmen hinken an der Stelle, denn wenn bei Vivantes, bei der Charité oder Ähnlichen Prüfungen erfolgt sind, dann ist das aus dem internen Geschäftsablauf erfolgt und bedurfte einer solchen Genehmigung durch den Hauptausschuss nicht. Das hier ist ein anderer Sachverhalt, und insofern kommen wir in dieser Frage so schnell wie möglich auf Sie zu. Ich gehe davon aus, dass wir für ein kurzfristiges Verfahren in dieser Frage auch erörtern können, wie der Prüfungsrahmen auszusehen hat. Wie gesagt: Wir sind an einer vollumfänglichen, lückenlosen und sehr zeitnahen Aufklärung sehr interessiert. Deswegen ist es jetzt nach dem Schreiben des Landesrechnungshofs erforderlich, eine andere externe Prüfung vorzunehmen.

Mir gegenüber hat Frau Claßen-Beblo am Telefon zum Ausdruck gebracht, dass sie ja auch in der Vergangenheit schon Unterlagen zum Thema bekommen hatte und in der Vergangenheit keine Notwendigkeit der Prüfung gesehen hat. Ich hatte sie aber ausdrücklich darum gebeten, dies vorzunehmen. Sie hat auch gesagt, dass sie diesem Prüfungswunsch mit den entspre-

chenden Mitarbeitern nachkommen will. Sie hat sich dann noch bei der Staatsanwaltschaft erkundigt, denn zum Zeitpunkt, als ich mit ihr telefoniert habe, war ich über den Stand, ob seitens der Staatsanwaltschaft Vorermittlungen laufen oder nicht, noch nicht voll umfänglich informiert.

Die Alternative, den Korruptionsbeauftragten der Senatsverwaltung für Justiz zu nutzen – ich hatte in der letzten Woche schon geprüft, ob das möglich ist –, war in der letzten Woche nicht gegeben, und sie ist auch derzeit nicht gegeben, weil sich die Staatsanwaltschaft noch in den Vorermittlungen befindet. Damit scheidet nach all den Regularien der Korruptionsbeauftragte der Justizverwaltung aus.

Zudem habe ich auch geprüft, ob ein anderes Bundesland die Prüfung vornehmen könnte oder eine adäquate Behörde, um dem Land möglicherweise Kosten für externe Wirtschaftsprüfer zu ersparen. Auch das ist schwierig, weil in den anderen Ländern die Flüchtlingsunterbringung eine kommunale Aufgabe ist und die Länder somit nicht unmittelbar – außer Bremen und Hamburg – mit der Flüchtlingsunterbringung betraut sind. Da ich jedoch, wie Sie wissen, einen engen Kontakt zu den beiden Senatoren pflege, weiß ich, wie angespannt auch in den dortigen Landesämtern die personelle Situation ist, sodass eine zeitnahe Überprüfung von dort nicht zu erwarten wäre. Insofern ist jetzt der nächste Schritt, eine solche Vorlage für den Hauptausschuss zu fertigen und damit so schnell wie möglich zu Ihnen zu kommen, um dann diese externe Prüfung vornehmen zu können.

Zu den Fragen, die Sie bezüglich der zeitlichen Differenz der sechs Wochen gestellt haben, wann die eigenen Mitarbeiter informiert worden sind, wann Staatssekretär Büge informiert worden ist, kann Ihnen nur Herr Allert Antworten geben, denn die Frage, was sich daraus aus den Unterlagen ergibt, ist Teil der Prüfung der Innenrevision. Wie gesagt: Innerhalb der Senatsverwaltung liegen keine Aktenvermerke über das mit Herrn Staatssekretär Büge geführte Gespräch vor.

Zur Frage der Containerbestellung: Es gab die Aufforderung zur Angebotsabgabe am 18. September. Die Frist für die Abgabe von Angeboten endete am 29. September. Die Bietergespräche fanden am 15. Oktober statt. Zuschläge sind schrittweise erfolgt. Wir haben jetzt für die ersten Firmen Zuschläge erteilen können, um zeitgerecht liefern zu können und die Feinplanung vorzunehmen und die Verträge dahingehend abzuschließen. Mit allen Containeranbietern, die uns Angebote abgegeben haben, sind meines Wissens noch keine Verträge abgeschlossen, sondern mit denen, die derzeit für die ersten Wohncontainerdörfer infrage kommen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Bitte, Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Was heißt in diesem Zusammenhang „jetzt“? Ich würde gern wissen, wann die ersten Container bestellt wurden und wie viele Container bis jetzt bestellt worden sind. Da sagen Sie „jetzt“. Das finde ich ein bisschen wenig.

Noch mal zu der externen Prüfung: Geben Sie mir recht, dass es eigentlich sinnvoll ist – denn Sie wollen sich auf die Unterbringung der Flüchtlinge konzentrieren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen –, zumindest einmal genauer darüber nachzudenken, eine externe Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft regelmäßig vorzunehmen zu lassen, die

die gesamte Unterbringung der Flüchtlinge, die Vergabe und die Kosten prüft und regelmäßig, beispielsweise einmal im Jahr, einen entsprechenden Bericht vorlegt? Damit wäre ein großer Schritt zur Transparenz getan. Haben Sie darüber schon mal nachgedacht? Könnten Sie sich so etwas als eine gute Lösung vorstellen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Bitte, Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Ich stelle die Frage noch mal anders herum – sie wurde letztes Mal auch nicht beantwortet. Wenn Sie jetzt schon nicht sagen können, ob das mit den 30 000 Euro, die einfach so gezahlt worden sind, okay war oder nicht – – Wo ich sagen würde, wenn Sie zum Beispiel bestellter Geschäftsführer eines Unternehmens sind, einer GmbH, oder wenn Sie im Vorstand einer Aktiengesellschaft sind und über denjenigen, den Sie bestellt oder beauftragt haben, sagen: Na ja, wir haben hier einem Kunden einfach mal so 30 000 Euro erlassen mit der Begründung der guten Geschäftsbeziehung –, ohne dass Sie was Konkretes vorweisen können, sind Sie schnell in einem Bereich, wo Sie Ihre Vermögensbetreuungspflichten verletzen, weil Ihnen alle Leute sagen: Moment mal! Warum gibst du da einfach Geld aus? – Aber diese komplizierte Frage kann hier anscheinend gerade nicht beantwortet werden, weil sich die Dokumente in der sogenannten Innenrevision befinden.

Ich hatte in der letzten Sitzung gefragt – und das wurde leider auch nicht beantwortet –: Geben Sie uns doch ein Gefühl dafür, wie häufig so etwas vorgekommen ist. Ist es nur in diesem einen Fall vorgekommen, dass man gesagt hat, hier sind 30 000 Euro aufgrund der guten Geschäftsbeziehung, oder gab es auch andere Fälle? Ist es gang und gäbe, dass bei diesen Flüchtlingsunterkünften Geldbeträge in dieser Art und Weise erstattet werden, ohne dass das abgedeckt ist?

Wie häufig kommt das denn vor? In welchem Umfang?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Lauer! – Herr Reinhardt, bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Vielen Dank! – Ich würde gerne mal was zu dieser Containergeschichte sagen. Sie haben gesagt, die ersten sind schon in Auftrag gegeben worden. Das heißt, Sie haben sich schon, zumindest an einigen Standorten, für konkrete Betreiber bzw. für konkrete Lieferanten von Containern entschieden. Sie hatten bisher auf unsere Nachfragen immer gesagt, dass Sie noch nicht genau sagen können, welche Containermodule es geben wird. Wenn Sie aber jetzt schon konkret mit bestimmten Herstellern Liefertermine ausgemacht haben, dann müssen Sie uns jetzt endlich auch einmal sagen können: Welche Qualität von Containermodulen werden wir bekommen? Wo wird unser Geld investiert? Bisher haben Sie immer nur gesagt, die Mindeststandards werden eingehalten, konnten aber nicht exakt sagen, welche Containermodule es sind. Da würde ich Sie bitten, uns noch einmal ganz konkret den kompletten Namen der Hersteller, die jetzt schon feststehen, zu nennen. Ich weiß jetzt nicht, wie viele es sind. Es können zwei sein, es können sechs sein.

Dann bitte noch eine aktuelle Information zu den Tragfluthallen. Dazu haben Sie jetzt wieder nichts gesagt. Sind die immer noch geplant oder nicht? Die SPD mag das ja nicht, und das finde ich auch gut. Wir mögen das auch nicht, aber Sie haben sich dazu nicht wirklich geäußert.

Dann noch einmal zu dieser Prüfungsgeschichte. Sie haben gesagt, Sie wollen durch eine Kanzlei extern prüfen lassen, die dann wahrscheinlich für mehr als 10 000 Euro prüft. Das heißt, das müsste durch den Hauptausschuss gehen. Als Hauptausschussmitglied würde ich doch schon mal ganz gerne wissen: Wann wird uns das ungefähr erreichen? Wird das eher am 26. November 2014 sein, also nächste Woche Mittwoch, wenn wir sowieso über das Thema reden – das wäre passend –, oder wird es vielleicht später sein? Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Es liegen Ihnen Akteneinsichtsansträge verschiedener hier anwesender Abgeordneter vor. Wir wollen die Akten sehen. Es ist schön, dass Sie prüfen, aber ich möchte das mit eigenen Augen sehen. Ich würde Sie bitten, einmal ganz konkret zu sagen, auch den anwesenden Medienmitgliedern, die das vielleicht auch interessiert: Wann werden Sie endlich unseren Anträgen stattgeben, dass wir uns die Akten angucken können? – So sehr ich auch Frau Heide mag – Sie haben den Namen ja selbst genannt –, und so sehr ich auch den Landesrechnungshof mag und auch die Kanzleigeschichte vielleicht sinnvoll sein mag: Mir kommt das jetzt alles ein bisschen so vor, als würden Sie unsere Akteneinsichtsansträge verzögern. Kaum sind die ersten Vorwürfe im Raum, nimmt man die ganzen Akten und beauftragt irgendwelche Mitarbeiter: Geht mal kopieren, dann sind die in Bearbeitung, dann können wir den Abgeordneten das Akteneinsichtsrecht nicht gewähren, weil das alles gerade nicht verfügbar ist. – Das kommt mir gerade alles recht bequem vor aus Ihrer Sicht. Ich würde die Dinger gerne sehen, und ich glaube, ich habe dazu eine Berechtigung. So sehr auch irgendwelche anderen Institutionen mit der Prüfung eingebunden sein mögen, kommt mir diese ganze Nummer mit: Die sind gerade in Kopie –, etwas fadenscheinig vor. Ich habe meinen Kalender dabei. Machen Sie einen Terminvorschlag! Den können wir jetzt gleich ausmachen.

Dann noch mal eine andere Geschichte, und zwar zu dem Ablauf, den Herr Allert an verschiedenen Orten in diesem Haus schon skizziert hat, dass, wie Frau Bayram schon angedeutet hat, er die Mitarbeiter informiert hat, nachdem er Herrn Dohmen auf der Baustelle vor Ort

getroffen hat. Dass er dann am 13. November Herrn Büge informiert hat, nachdem Herr Dohmen Geschäftsführer wurde, nachdem Herr Penz nicht mehr Geschäftsführer war. Wir haben zur Genüge darüber gesprochen, dass das ein bisschen seltsam ist, dass die Beziehung zwischen Penz und Dohmen angeblich nicht bekannt sein soll, obwohl Herr Penz Geschäftsführer der Gierso war, bevor Herr Dohmen es war, also bis zum 12. November 2012. Aber gut, was man nicht wissen will, weiß man dann eben auch nicht.

Jetzt kommt aber trotzdem dieser spannende Punkt. Sie haben uns gesagt, Herr Allert, dass Sie die Mitarbeiter und die Führungsebene informiert haben, das heißt, es waren alle über diese sensible Situation informiert, dass man mit genau diesem Unternehmen sehr vorsichtig umgehen muss, weil dort ein persönliches Beziehungsverhältnis besteht. Und dann macht man mit diesem Unternehmen, mit der Gierso, Verträge über verschiedene Unterkünfte, beispielsweise in der Turmstraße, und diese Verträge werden von einem gewissen Herrn Wilhelm Pleß unterschrieben. Dieser Herr Wilhelm Pleß hat keinerlei Funktion in dem Unternehmen. Er ist nicht einmal in der Geschäftsführung oder Ähnliches. Mich würde als Erstes interessieren: Hat Herr Dohmen, der Geschäftsführer, Herrn Pleß zeichnungsberechtigt? –, denn sonst muss man erst einmal die Frage stellen: Ist das denn Usus im Berliner Senat, dass mit nicht zeichnungsberechtigten Personen Verträge über Millionensummen abgeschlossen werden – unsere Millionensummen, die wir hier beschließen –, ohne überhaupt mal zu gucken, ob diese Person irgendetwas mit diesem Unternehmen zu tun hat – außer dass die irgendwie mal beim Golfen eine Bekanntschaft hatte – und ohne festzustellen, dass diese elf Haftanordnungen vorliegen? Gut, das mag sozusagen etwas sein, wo Sie sagen: Da haben wir nicht genau hingeguckt. – Aber Sie verstehen meine Verwunderung, nachdem Sie diese ganzen Leute informiert haben: Da müssen wir jetzt hoch sensibel sein. Da gibt es dieses Beziehungsverhältnis, das ist auch alles nicht schlimm. Wir können weiter mit denen Verträge machen, aber wir müssen jetzt genau hinschauen. – Und da unterschreibt ein Typ im Landesamt Verträge, der von der Straße hätte kommen können. Der hat offiziell überhaupt nichts mit dieser Firma zu tun. Er rennt da rein, unterschreibt die Verträge, und das Landesamt sagt: Wunderbar, wir kennen Sie zwar nicht, aber es ist ja schön, dass Sie das unterschrieben haben. – Mich würde interessieren, ob das zu Ihrer Geschichte mit der Information an die Mitarbeiter und an die Führungsebene passt.

Dann hätte ich gerne noch ein paar Infos zu dieser Unterkunft in Neukölln Britz. Über verschiedene Medien ist berichtet worden, dass Sie es abstreiten, dass es dort z. B. Schimmelbildung gegeben hat. Da würde mich auch noch mal interessieren: Können Sie jetzt hier bitte noch mal zu Protokoll geben, ob es dort Schimmelbildung gegeben hat, ob Sie das abstreiten können oder wollen und wie das jetzt weitergeht – denn wenn es dort Schimmelbildung gegeben hat, dann ist wohl klar, dass das dort ein bisschen mit Farbe überstrichen wurde, aber dass der Schimmel aus den Wänden offensichtlich noch nicht herausgeholt wurde. Hat es dort Überprüfungen durch das Gesundheitsamt gegeben, die die Sporenbelastung in der Luft kontrollieren? Wie wollen Sie damit weiter umgehen?

Dann zu dieser Millionensumme, die dort gezahlt wurde, diese 8,2 Millionen Euro. Sie hatten uns in der letzten Sozialausschusssitzung gesagt, Herr Czaja, dass Sie diese Container dort, wenn der Vertrag Ende 2015 ausläuft, abbauen und woanders wieder aufbauen können. Das heißt, Sie könnten die mitnehmen. Dazu würde ich gerne wissen: In dem Vertrag steht nicht drin, dass Ihnen die Container gehören. Das heißt, das Gebäude an der Haarlemer Straße gehört meinem Kenntnisstand Herrn Penz, dem Inhaber der PeWoBe. Sie haben uns gesagt, dass

die Container Ihnen gehören. Ich würde gerne wissen: Irre ich mich da jetzt? Gibt es irgendwelche Vertragsanhänge, die Sie uns nicht gegeben haben? Oder was ist der Hintergrund, dass diese Dissonanz auftritt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Frau Bayram, bitte!

Canan Bayram (GRÜNE): Mich interessiert auch noch einmal besonders diese Einrichtung in Neukölln, in der Haarlemer Straße. Ich will mal aus dem Rundschreiben zu den Richtlinien zur Korruptionsprävention der Antikorruptionsarbeitsgruppe der Berliner Verwaltung zitieren. Da werden auftragsbezogene Indikatoren aufgeführt. Ein Indikator ist für mich spannend: Kompetenzkonzentration, alles ist in einer Hand – Planung, Vergabe, Ausführung, Abrechnung. Dazu würde ich gerne hören, wie das in diesem Fall war, denn es geht um einen sehr hohen Betrag. Dann würde ich gerne wissen, ob die Gerüchte stimmen, dass der Eigentümer nunmehr das Grundstück dem Land Berlin zum Kauf angeboten hat. Das zum Komplex Neukölln.

Sodann hätte ich gerne eine Info zu den Containern. Können wir die Angebote zu den Containern in den Datenraum bekommen, sodass man sich ein Bild davon machen kann, welche Angebote vorgelegt wurden? Ich war am Samstag bei der Demo in Köpenick. Frau Kollegin Haußdörfer, Sie waren ja auch da mit dem Bürgermeister und Ihrem Nachwuchs. Das war eine Situation, ich glaube, da sind wir uns schon einig, die einem Sorgen machen muss. Das war für mich, die ich oft bei diesen Protesten gegen Flüchtlinge vor Ort sein muss, eine Situation, die ich in dem Ausmaß schon erschreckend finde. Es gab da das Gerücht, dass im Dezember keine Eröffnung dieses Standortes geplant sein soll, dass man da eher in den Januar hineinplant. Können Sie dazu Auskunft geben?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Es gibt zunächst keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich die Senatsverwaltung um Beantwortung der Fragen bitten.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Frau Abgeordnete Breitenbach! Sie haben die Frage gestellt: Kann ich mir vorstellen, dass wir regelmäßig eine solche Wirtschaftsprüfungsuntersuchung der Ausgaben und der Vergaben machen, die im Bereich der Flüchtlingsunterbringung erfolgt sind, ob wir da zu einem Verfahren kommen? – Ja, das kann ich mir vorstellen. Dazu sollten wir auch im Ergebnis der Beratungen im Hauptausschuss und des vorliegenden Berichts in die Diskussion kommen. Sie wissen, dass jetzt die Hauptaufgabe beim Landesamt für Gesundheit und Soziales darin bestand, so schnell wie möglich Obdachlosigkeit zu vermeiden und Unterkünfte zu errichten. Wir müssen aber zu einem noch transparenteren Verfahren diesbezüglich kommen, und ich kann mir dies vorstellen.

Die zweite Frage war: Können die Angebote zu den Containern in den Datenraum gestellt werden? – Frau Bayram! Ja, das können wir machen.

Drittens – die Frage der Traglufthallen. Wir haben deutlich gemacht, auch in der letzten Sitzung deutlich gemacht, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten erwarten müssen, dass die Aufnahmekapazitäten von Hostels und Hotels durch die Herbst-, Winter- und Weihnachtsferien und die Feiertage noch weiter eingeschränkt werden. Wir sind ausgesprochen skeptisch geworden, was die Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge angeht, denn wir hatten schon immer weit über den Zahlen des BAMF geplant in Berlin, weshalb wir in Berlin

weiterhin keine Unterbringung in Festzelten oder Turnhallen vornehmen müssen. Das habe ich auch in dem Sommerinterview in der „Abendschau“ gesagt, und ich bin dankbar und froh, dass wir das bislang nicht brauchen; diese Situation haben wir weiterhin einhalten können. Wir haben aber für vorübergehende Härten und um diesen entgegenzutreten und sofortige Hilfe geben zu können, auch, wenn wir nicht gleich alle Sachverhalte an einem Tag bearbeiten können –, einige von Ihnen kennen das, dass dann im LAGeSo mehr Vorsprachen an einem Tag erfolgen als an allen Arbeitsplätzen – – Sie wissen, die Zahl der Arbeitsplätze ist auch seitens des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge begrenzt, weil nur eine bestimmte Anzahl an PC-Zugängen beispielsweise vom BAMF zur Verfügung gestellt wird, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge am Wochenende das System zur Wartung herunterfährt, sodass man am Samstag und Sonntag keine Fälle bearbeiten kann. Sie wissen, dass auch unsere landeseigenen Systeme, die dabei eine Rolle spielen, samstags und sonntags auch nicht immer bearbeitet werden können. Um solche Härten auszuschließen, haben wir Traglufthallen vorgesehen, und zwar zwei Traglufthallen, die im Poststadion in der Lehrter Straße errichtet werden sollen oder besser gesagt, derzeit errichtet werden. Sie befinden sich im Aufbau und sollen von der Stadtmission betrieben werden.

Die Frage nach der Akteneinsicht: Dafür gibt es ein geordnetes Verfahren. Sie haben ja schon sehr häufig Akteneinsicht im Haus bekommen und haben fast alle Verträge von Flüchtlingsunterkünften, wenn sie eröffnet wurden, ebenfalls in Kopie erhalten. Wir haben dazu ein abgestimmtes Verfahren, wie Sie wissen. Die Senatskanzlei ist einzubinden, und es ist zu prüfen, welches schützenswerte Interesse sich, auch im Fall von Dritten, in den Unterlagen befindet, Stellen, die dann gegebenenfalls geschwärzt, herausgenommen oder als vertraulich kenntlich gemacht werden müssen, ansonsten würde es sich um Rechtsverstöße unsererseits handeln. Es handelt sich um 25 Ordner der Gierso und 30 Ordner der PeWoBe. Zudem ist auch zu prüfen, ob es überhaupt rechtmäßig ist, dass, wie von Ihnen gewünscht, nunmehr nicht mehr Abgeordnete, sondern Mitarbeiter der Piratenfraktion diese Akteneinsicht vornehmen sollen. Auch das muss geprüft werden. Sie wissen, dass das Bestandteil Ihres Schreibens ist, in dem Sie uns mitteilen, dass ein Fraktionsmitarbeiter, der ein besonderes arbeitsrechtliches und Vertrauensverhältnis zu Ihnen hat, diese Akteneinsicht begleiten soll. Das ist natürlich auch zu prüfen.

Zu den anderen Fragen – – [Canan Bayram (GRÜNE): Bei mir gibt es das Problem nicht. Ich will selbst Einsicht nehmen!] – Ich weiß, Frau Bayram, dass Sie das dann selber einsehen, aber wenn das bei den Piraten Mitarbeiter tun, dann müssen wir das zunächst einmal prüfen. Sie haben die Frage ja auch nicht gestellt, weil Sie das geordnete Verfahren kennen. Sie hatten sehr häufig Akteneinsicht, und Sie wissen, dass Sie die so schnell wie möglich bekommen. – Das wissen die Piraten auch, denn sie haben es auch häufig gemacht, aber sie suggerieren natürlich immer einen anderen Eindruck, um den Anschein zu erwecken, dass dies nicht erfolgt ist. Ich werde mir mal aufschreiben lassen, Herr Reinhardt, wie oft Sie im Landesamt für Gesundheit und Soziales waren und Akteneinsicht hatten. Es wird im letzten Jahr bestimmt mehr als 20 Mal gewesen sein. – [Zuruf von Fabio Reinhardt (PIRATEN)] – Ich mache doch nicht die Termine mit den Kolleginnen und Kollegen und mit der Senatskanzlei, Herr Reinhardt! Es gibt ein geordnetes Verfahren. Abgeordnete werden gleichrangig bearbeitet. Ich mache doch jetzt nicht mit Ihrem Sachverhalt einen Termin. Ich habe auch Anfragen von anderen Abgeordneten hier liegen. Ein bisschen Gleichberechtigung wollen wir da auch noch beibehalten.

Die Fragen, die Sie zu den Details von Vergaben zur Haarlemer Straße usw. gestellt haben, wird Herr Allert gleich beantworten. – Zu dem Gerücht, Frau Bayram, dass wir im Januar eröffnen: Unser Ziel bleibt es, im Dezember den Standort im Allende-Viertel zu eröffnen. Wir wissen, dass es ein ausgesprochen enger und sportlicher Zeitplan ist, dieses einzuhalten, weil natürlich auch die Weihnachtsfeiertage, Urlaubstage usw. dabei zu berücksichtigen sind. Unser Ziel bleibt es, dies weiterhin im Dezember zu schaffen. Wenn das nicht funktioniert, dann wäre es Anfang Januar, aber unser Ziel ist es weiterhin, dies im Dezember zu erreichen. Sie wissen, dass die Bauvorbereitungen begonnen haben und dass wir die Baugenehmigung in der vergangenen Woche für den Standort im Allende-Viertel erhalten haben und uns deswegen seit der vergangenen Woche unmittelbar in den Baumaßnahmen befinden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Allert!

Franz Allert (LAGeSo): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst gab es die Frage zu den Verhandlungen und Verhandlungsergebnissen, ob es üblich sei, dass Verhandlungsergebnisse in einem Umfang von x-tausend Euro häufiger vorkommen, eine Reduzierung irgendwelcher Forderungen oder Summen oder Ähnliches. – Das ist grundsätzlich nicht der Fall. Zu dem konkreten Bereich und zu dem konkreten Schreiben kann ich Ihnen nur so viel sagen – weil die Akten im Moment auch mir nicht vorliegen –, dass das Verhandlungsverfahren zu diesem Zeitpunkt – es ging ja um ein Schreiben Mitte des Jahres 2013 – noch gar nicht abgeschlossen war. Es ist ein Schreiben aus einem damals laufenden Verfahren, das erst Ende des Jahres, so viel ist mir auch bekannt, abgeschlossen wurde. Mehr kann ich im Moment zu diesem Vorgang nicht sagen.

Zu dem Thema Container und den Detailfragen – Herr Reinhardt, Sie hatten das gefragt, oder Frau Breitenbach –, wann konkret bestellt wurde und wie viel das detailliert kostet. Das müsste ich Ihnen nachreichen, denn diese Detailunterlagen habe ich natürlich jetzt auch nicht griffbereit. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Container, die jetzt für die ersten Einrichtungen, für die ersten Bauvorhaben benötigt werden, auch bestellt worden sind, also nicht nur die Verträge unterschrieben worden sind. Wie viele das ganz genau sind und zu welchem Zeitpunkt exakt das bei welcher Firma bestellt worden ist, das müsste nachgereicht werden, oder aber das kann, wenn die gesamten Unterlagen ohnehin in den geschützten Datenraum kommen, auch dort eingesehen werden, denn das ist ja dort alles ganz genau dokumentiert. Es sind mehrere Hersteller gewesen, die Angebote gemacht haben. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Nennen Sie doch mal die Herstellernamen!] – Ich kann Ihnen die jetzt nicht nennen, weil ich Ihnen vielleicht die falschen Hersteller nenne. Das kann ich Ihnen aber auch nachreichen, das ist kein Problem. Es ist ja entsprechend bestellt worden. Sie sehen alle Hersteller, die angeschrieben worden sind, und alle Angebote, wenn Sie sich im Datenraum diese Vorgänge ansehen, also durchweg alle, einschließlich deren Angebote. Das ist da alles jeweils enthalten.

Zum Komplex Haarlemer Straße hinsichtlich der Schimmelbildung. – Die Haarlemer Straße ist in diesem Jahr insgesamt fünf Mal kontrolliert worden, zum Teil Routinekontrollen, zum Teil auch anlassbezogen. Ich hatte das in der vergangenen Woche ja schon gesagt, dass es verschiedene Anlässe und Hinweise gab, denen dann zeitnah jeweils auch nachgegangen worden ist. Eine Schimmelbildung ist dort nicht festgestellt worden. Das ist mir ausdrücklich noch mal aufgeschrieben worden. Dieser Vorwurf ist dort nicht verifiziert. In einer Nachrichtensendung wurden Bilder gezeigt, die uns auch zugesandt worden sind. Der zuständige Ar-

chitekt hat gesagt, diese Fotos seien seiner Kenntnis nach nicht aus dieser Einrichtung. Das ist das, was sich hier uns im Moment so dargestellt hat.

Zu den Kosten der Haarlemer Straße: Es gibt eine Aufstellung, aus der hervorgeht, in welchem Umfang welche Kosten wofür entstanden sind. Dies ist ja alles von einem unabhängigen Controller begleitet worden, der alle Kosten, die angefallen sind, vorgeprüft hat, und erst nach seiner Prüfung und Freigabe sind diese Zahlungen jeweils durch uns angewiesen worden.

Zu den Eigentumsverhältnissen, der Dauer der Einrichtung und der Frage, ob dieses Grundstück dem Land Berlin zum Kauf angewiesen worden ist: Dem LAGeSo ist es jedenfalls nicht zum Kauf angeboten worden. Ich habe dies auch als Gerücht gehört. Ich weiß aber nicht, welcher Stelle das dann angeboten worden sein soll. Möglicherweise der Senatsverwaltung für Finanzen. Die ist ja für Grundstücksgeschäfte zuständig. Wir sind es jedenfalls nicht und können darüber weder entscheiden noch sonst irgendetwas. Aus unserer Sicht ist das auch gar nicht beabsichtigt. Beabsichtigt ist – das ist aber auch schon verschiedentlich hier gesagt worden –, eine möglichst lange Nutzungsdauer dieser Einrichtung zu erreichen. Das ist uns ja vorerst nur bis 31. Dezember 2015 von dem Grundstückseigentümer entgeltfrei überlassen worden. Ob eine Verlängerung möglich ist oder nicht – die Signale, die wir da bekommen haben, sind die, dass die Einrichtung auch längere Zeit dort noch stehen könnte. Darauf setzen wir ganz stark, weil das aus unserer Sicht auch günstig wäre, diese Einrichtung noch länger zu nutzen.

Dann wurde noch nach der Kompetenzkonzentration und insgesamt nach den Richtlinien gefragt. – Das Landesamt für Gesundheit und Soziales hat seit vielen Jahren im Rahmen der Korruptionsprävention einen Korruptionsgefährdungsatlas über alle Bereiche des Landesamtes, bei dem genau gesehen und geprüft wird: In welchem Umfang gibt es in welchen Bereichen Entscheidungskompetenzen? Wie stellen sich diese Entscheidungskompetenzen dar? Welche Auswirkungen haben die intern, extern – nicht nur im Hinblick auf die tatsächliche Auszahlung von Geldern, sondern natürlich auch, welche Wirkung das Ganze hat? Wir sind ja nicht nur in diesem Bereich tätig, sondern auch bei Fragen des Pharmaziewesens und Ähnlichem. Da haben Entscheidungen, Genehmigungsentscheidungen und Ähnliches auch entsprechende Auswirkungen. Es gibt eine Einstufung in diesem Korruptionspräventionsatlas, und entsprechend dieser Einstufung, also des Gefährdungsgrades, werden dann auch von der Revision eigenständig entsprechende Prüfungen stichprobenweise, anlassbezogen, was auch immer, durchgeführt und veranlasst. Da ist die Innenrevision zunächst einmal eigenständig in der Entscheidung. Und nur wenn anlassbezogen aus meiner Sicht noch zusätzlich etwas notwendig ist, dann wird das im Einzelfall gemacht, was in den vergangenen Jahren ja auch an der einen oder anderen Stelle vorgekommen ist. Allerdings nicht in diesem Bereich, sondern auch in anderen Bereichen. So wird in der Form mit diesem, was Sie als Stichwort gegeben haben, als Auszug aus dem landesweiten –, umgegangen. Das ist auch alles mit dem landesweiten Korruptionsmanagement so abgesprochen. Wir haben das, wie gesagt, seit vielen Jahren und sind dafür sogar auch schon gelobt worden. – Vielen Dank! – [Fabio Reinhardt (PI-RATEN): Was ist denn mit den Verträgen mit Herrn Pleß?] –

Zu den Verträgen mit Herrn Pleß oder der Unterzeichnung durch Herrn Pleß: Verträge müssen natürlich immer von den Zeichnungsberechtigten unterschrieben werden. Und wenn das im Einzelfall nicht ein Zeichnungsberechtigter war, dann muss das mit dem Zeichnungsbe-

rechtigten nachgeholt werden. Selbstverständlich lassen wir uns die Zeichnungsberechtigungen immer nachweisen, damit dieses ordnungsgemäß erfolgen kann. Das ist in den Vertragsangelegenheiten von Gierso und PeWoBe sicherlich nicht anders gewesen. Ich muss das immer so sagen. Mir liegen wirklich mittlerweile seit 14 Tagen oder drei Wochen keine Verträge, keine Unterlagen mehr vor. Ich habe persönlich keinen Zugriff auf diese Unterlagen. Ich kann mich im Moment nur aus der Erinnerung heraus hier äußern und zum anderen bei Mitarbeitern nachfragen und mir einzelne Informationen zuarbeiten lassen. Aber natürlich habe ich auch im Vorfeld schon der letzten Sitzung gefragt: Gibt es irgendwelche Bedenken oder Probleme bei der Vertragsunterzeichnung? Sind noch Verträge offen oder Ähnliches? – Da wurde mir gesagt: Nein, das ist nicht der Fall. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ja, jetzt!] – All diese Verträge sind unterschrieben, und meines Wissens sind sie auch alle von Zeichnungsberechtigten unterschrieben worden. – [Canan Bayram (GRÜNE): Zu den sechs Wochen Unterschied!] –

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Die Frage von Frau Bayram!

Franz Allert (LAGeSo) Zu den sechs Wochen Unterschied: Meine erste Information an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war am 27. September. Das hatte den Hintergrund, dass ich aus der Einrichtung gekommen bin und an dem Tag auch eine Rücksprache mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hatte, die dafür zuständig waren, und das auch gleich gesagt habe. Bei einer nächsten Gelegenheit habe ich das eben auch dem Staatssekretär gesagt. Da gibt es überhaupt keinen Grund für einen späteren – – Es gab aber auch keinen Grund, sofort anzurufen. Ich darf noch mal darauf hinweisen – deswegen bin ich für die Frage auch sehr dankbar, denn es geht immer wieder unter –, dass Herr Tobias Dohmen zu diesem Zeitpunkt sich mir vorgestellt hat und tatsächlich als Projektleiter für eine Einrichtung tätig war. Da gibt es überhaupt keinen Grund, sofort den Staatssekretär anzurufen und zu sagen: Da ist ein Projektleiter in einer Einrichtung bei einem Betreiber, und da habe ich vor 26, 27 Jahren eine Patenschaft übernommen –, sondern bei einer nächsten Gelegenheit habe ich im Sinne der Transparenz unterrichtet. Die erste Gelegenheit war bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und das andere war eben der Staatssekretär. Das ist der Gesamtzusammenhang dabei – nicht mehr und nicht weniger. Das Ziel war und ist es immer in diesen wie in anderen Fällen, Transparenz herzustellen, auch über das gesetzlich erforderte Maß hinaus, denn das sind ja alles Fälle, die vom Verwaltungsverfahrensgesetz gar nicht erfasst sind, sondern darüber hinaus – weil wir nämlich auch Korruptionsprävention sehr ernst nehmen bei uns im Haus – habe ich eben darüber informiert.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Allert! – Herr Lauer, bitte!

Christopher Lauer (PIRATEN): Ich muss noch mal nachfragen. Diese 30 000 Euro – war das normal, dass Beträge in dieser Größenordnung innerhalb Ihrer Behörde erstattet worden sind, ohne dass Belege vorgelegt worden sind, oder war das nicht normal?

Mir sei noch eine Bemerkung erlaubt: Ich finde es sehr befremdlich – Sie hatten das zwar in der letzten Sitzung erklärt, dass Sie nur der Behördenleiter sind und dass das ganze Geschäftliche irgendwie ein paar Ebenen drunter stattfindet –, dass Sie sich jetzt so darauf zurückziehen, dass Sie sagen, Sie haben im Moment keinen Zugriff auf die ganzen Dokumente. Wenn ich mir anschau, was Staatssekretäre im Hauptausschuss oder auch Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter im Hauptausschuss abfackeln, mit welchen Zahlen die da jonglieren,

welche Sachen die präsent haben in ihrem jeweiligen Themengebiet, und Sie jetzt bei Ihren Flüchtlingsunterkünften sagen: Ja, ich kann das alles nur noch aus der Erinnerung heraus sagen, weil mir die Akten nicht mehr vorliegen –, löst das bei mir Befremden aus, weil ich mich natürlich schon frage: Was war und ist Ihre Aufgabe im LAGeSo? Wie haben Sie sich über Vorgänge innerhalb Ihrer Behörde informiert? Es wäre ja dumm, wenn wir am Ende der Überprüfung dieses ganzen Vorganges zu dem Schluss kämen, dass Sie als Behördenleiter in keiner Weise über die Vorgänge in Ihrer Behörde informiert waren.

Das wäre ja auch ein tragisches Ergebnis. – Also noch mal: Wie oft kam denn so was mit diesen 30 000 Euro vor? Ich blicke da noch immer nicht durch, weil Sie das in Ihren Antworten auch nie explizit benennen. Sie haben jetzt irgendwas von Preisnachlässen oder sonst irgendetwas gesagt. In diesem Brief stand: Aufgrund der guten Geschäftsbeziehungen – 30 000 Euro. Da frage ich mich: Wie kann eine Landesbehörde gute Geschäftsbeziehungen zu jemandem haben? Wir verkaufen ja nichts, sondern wir bezahlen nur. Ich weiß nicht, was an den Geschäftsbeziehungen gut sein soll. Wenn jemand immer in bar bezahlt, dann gibt es mal einen Rabatt, aber hier – I don't know. Erklären Sie bitte noch mal diese 30 000 Euro. War das in Ihrer Behörde üblich? In dem konkreten Fall: Woran lag das jetzt genau? Oder war das eine einmalige Situation?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Ich komme noch mal zur Haarlemer Straße zurück. Herr Czaja, Herr Gerstle, Herr Allert! Keinem von Ihnen ist also bekannt, erstens, dass am 13. November im Sozialausschuss in Neukölln darüber informiert wurde, dass dieses Grundstück dem Land Berlin zum Kauf angeboten wurde. Zweitens: Ihnen ist dann auch nicht bekannt, dass, nachdem das Land Berlin mitgeteilt hat: Wir haben kein Kaufangebot –, der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Herr Buschkowsky, sich bereit erklärt hat, entsprechende Verkaufsverhandlungen einzuleiten, zu führen. Ihnen ist dann, drittens, offensichtlich auch nicht bekannt, dass der Staatssekretär Feiler dem Bezirk mitgeteilt hat, dass es kein Interesse daran gibt, dieses Grundstück zu kaufen. Wenn Sie das alles nicht wissen, ist die Frage: Was stimmt jetzt, was stimmt nicht? Mich würde auch mal interessieren, ob Sie, die ja so viel Verantwortung haben für die Unterbringung der Flüchtlinge und jetzt sogar Containerdörfer und Zelte und Ähnliches aufstellen, nicht glauben, dass es sinnvoll wäre, nachdem man über 8 Millionen Euro öffentliche Mittel da reingedonnert hat, diese Flüchtlingsunterkunft weiter zu erhalten und zu überlegen, ob man dieses Grundstück vielleicht kauft.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Reinhardt, bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ich finde das irgendwie lustig, denn in der Regel sind sozusagen wir Abgeordneten diejenigen, die weniger Informationen als der Senat haben und nachfragen, und jetzt müssen wir Ihnen erklären, wie die Vertrags- und Grundstücksverhandlungen in Neukölln ablaufen. Ich kann Ihnen gerne noch die zusätzliche Information geben, dass es formal noch kein Angebot von Möbel Krieger gibt, weil er mitgeteilt hat, er wartet darauf, dass der Senat ihm ein Angebot macht – also nur, um das noch einmal formal einzutüten. Mittlerweile weiß aber ganz Neukölln, wie die Verhandlungen laufen, wie der Prozess ist, nur das Landesamt und Senator Czaja wissen es angeblich nicht. Das ist doch irgendwie eine spektakuläre Situation, wo angeblich niemand irgendetwas weiß. Dass das Landesamt oder Herr Czaja irgendetwas nicht wissen, ist ja irgendwie auch keine ganz neue Situation.

Was mich interessieren würde, ist: Sie haben das Ding für 8,2 Millionen Euro da hingestellt. Ende 2015 müssen Sie – Stand jetzt – alles wieder abreißen, wofür das Land dann noch mal Geld draufzahlt. Sie haben sich da ein Grundstück ausgesucht, das nicht dem Land gehört. Herr Czaja! Haben Sie das denn mal persönlich auf Ihre Ebene, auf die Senatsebene, geholt, vor diesem Sommer, bevor die Aufnahmeestelle geschlossen wurde und dann die Containergeschichte angefangen hat, mit dem Liegenschaftsfonds zu sprechen, mit dem Senat für Finanzen zu sprechen und zu sagen, dass Sie Grundstücke brauchen, weil z. B. nur so komische

Sachen gerade verfügbar sind wie dieses Möbel-Krieger-Ding an der Späthstraße? Haben Sie das selber mal in Angriff genommen? Sie haben das mehrfach hier so dargestellt, als hätte man ja immer angefragt und als wäre das nie gegangen. Aber haben Sie sich selber mal involviert, haben Sie persönlich mit Herrn Nußbaum gesprochen oder zumindest beim Liegenschaftsfonds angefragt, ob es Grundstücke gibt, die besser geeignet sind – z. B. weil sie dem Land Berlin gehören –, um dort Flüchtlingsunterkünfte zu bauen?

Diese Geschichte mit dem Schimmel – ganz ehrlich, das können wir steckenlassen. Dass ich persönlich dort war und mir das angeschaut und den Schimmel gesehen habe und Sie mir jetzt immer noch sagen: Es gibt dort keinen Schimmel –, das passt jetzt nur wieder ins Gesamtbild.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Radziwill, bitte!

Ulker Radziwill (SPD): Das Thema ist ein sehr wichtiges und auch ein sehr sensibles Thema. Daher ist uns sehr viel daran gelegen, hier Transparenz reinzubekommen und auf die vielen Fragen, die teilweise mehrfach und gehäuft geäußert wurden, auch gute Antworten zu bekommen. Ich begrüße es, dass wir uns die notwendige Zeit dafür nehmen, hier umfangreiche Antworten zu bekommen. Ich will auf die Punkte, die mir wichtig sind, mit Blick auf die Zeit kurz eingehen. Meine Kollegen Herr Lehmann und Herr Krüger werden dann unseren Änderungsantrag noch einmal kurz vorstellen.

Angesichts der Vorwürfe hinsichtlich der Haarlemer Straße rege ich an, dass wir uns als Ausschuss mit jeweils einem Vertreter pro Fraktion das vor Ort, live und in Farbe, anschauen und das nach Möglichkeit recht zügig, denn es scheinen ja zum Teil widersprechende Aussagen vorzuliegen, ob diese Bilder tatsächlich zutreffend sind oder nicht. Ich denke, es wäre sinnvoll und gut, dass wir das vor Ort in Augenschein nehmen und als Ausschuss dann schnell mal vor Ort sind.

Ich begrüße es auch, dass dem Wunsch der Opposition, die Informationen über die Vergabe der Container im Datenraum zu bekommen, entsprochen wurde. So habe ich es jedenfalls verstanden, wobei ich auch mitteilen möchte, dass wir als Sprecher in einer Sitzung im Vorfeld ausgiebig darüber informiert worden sind und auch viele Fragen stellen durften. Nichtsdestotrotz ist es aber gut, wenn Informationsbedarf da ist, das auch entsprechend auszuräumen.

Zu den Containern möchte ich für meine Fraktion festhalten, wie wir es auch schon vorher dargestellt hatten, dass es uns wichtig ist, diesen Paradigmenwechsel, von dem Herr Czaja schon ein paar Mal gesprochen hat, auch umzusetzen, dass wir auf landeseigenen Flächen nach Möglichkeit auch mit freigemeinnützigen Trägern und Wohlfahrtsverbänden eine gute Unterbringungsmöglichkeit finden, uns damit auch ein Stück weit, das sage ich jetzt einmal in Gänsefüßchen gesetzt, auch unabhängiger von bestimmten Privatinteressen machen. Wir haben diese Containerlösung nur deshalb akzeptiert, weil dort eine Privatsphäre der Betroffenen sichergestellt ist und es aus unserer Sicht eine bessere Unterbringungsmöglichkeit ist, als wenn ich die Menschen in einer Turnhalle unterbringe, weil auch umfangreiche Unterstützung wichtig und sinnvoll ist, und diese Sachen dort mit den Möglichkeiten der Stadtteilzentren flankiert werden können.

Zu den Traglufthallen: Wir stehen weiterhin zu unserer Position, dass wir Traglufthallen als grundsätzliche, generelle oder nachhaltige, dauerhafte Unterbringungsmöglichkeit weiterhin ablehnen. Das ist auch in der Koalition so abgestimmt. Nur im Fall des Poststadions – um sehr kurzfristig vorübergehend diese absoluten Härten mit Blick auf den Winter, mit Blick auf die Situation, dass die Hostels wahrscheinlich im Weihnachtszeitraum geringe Unterbringungsmöglichkeiten haben werden –, nur da haben wir uns gemeinsam auf diese Regelung verabredet. Uns wurde zugesichert, dass dort die Privatsphäre weitestgehend, je nachdem, wie man es in einer solchen Traglufthalle sichern kann, umgesetzt werden soll, dass dort eine Raumteilung vorgesehen ist.

Jetzt noch mal ganz zum Schluss meines Beitrags: Ich rege noch einmal an, dass wir uns als Ausschuss mit jeweils einem Vertreter schnell die Haarlemer Straße anschauen und da Fragen, die noch im Raum stehen, entsprechend geklärt werden können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Frau Bayram, bitte!

Canan Bayram (GRÜNE): Ich komme zurück auf das, was ich eigentlich schon in einem relativ frühen Stadium sagte, wo wir über die Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft informiert wurden. Da war es für mich eigentlich schon klar, dass wir in der Aufklärung dann weiterkommen, wenn der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales temporär von seinen Aufgaben entbunden wird. In dieser Einschätzung, die ich vor über einer Woche hatte, fühle ich mich jetzt durch die beiden Ausschusssitzungen noch einmal bestätigt. Einerseits werden Fragen nicht beantwortet von demjenigen, der sie beantworten müsste, und zwar aus eigenem Interesse heraus – und das respektiere ich auch, das ist ein Rechtsstaatsprinzip bei uns, dass er sich nicht selbst in Schwierigkeiten bringt mit seiner Aussage. Dabei hat er sowohl das Recht, nichts zu sagen als auch das Recht, Dinge zu sagen, die für ihn günstig sind. Das Problem, das daraus entsteht, ist, dass meine Fragen unbeantwortet bleiben. Ich habe jetzt das Problem, dass ich keinen Ansprechpartner habe, den ich fragen kann, da es meiner Ansicht nach im Moment eine Handlungsunfähigkeit in der Verwaltung, in dem Landesamt gibt. Daher bitte ich alle Beteiligten, noch einmal darüber nachzudenken, ob wir alle gemeinsam auch im Interesse der Flüchtlinge handeln, wenn diese Situation länger andauert.

Es ist ja so: Wenn es tatsächlich so ist, dass der Präsident aufgrund der Ermittlungen sich gerade nicht mit den Dingen befassen darf, keine Akten einsehen kann oder was auch immer – ich habe es immer noch nicht verstanden, welche Vorkehrung da aktuell gilt –, dann ist es natürlich schon interessant zu sagen: Ich habe meine Mitarbeiter gefragt, und die haben mir dann dieses oder jenes gesagt. – Das heißt, entweder macht man da eine klare Linie, klärt das in der Vergangenheit auf und wird in die Zukunft gerichtet das Ganze neu aufstellen, oder aber man sagt: Na, so schlimm ist das alles gar nicht –, und dann soll er seine Arbeit in der Art und Weise machen, wie er sie bisher gemacht hat. Ich fürchte, da drücken sich hier einige um Entscheidungen. Ich will es gar nicht benennen, wer das ist, aber ich glaube, mit dieser Situation, so wie sie jetzt hier ist, werden wir unser Aufklärungsinteresse und natürlich auch als Abgeordnete unsere Aufklärungsaufgabe so nicht erfüllen können. Herr Isenberg ist heute nicht da, das heißt, ich werde von ihm nicht angeschrien, und man muss sich hier auch nicht auf eine emotionale Art und Weise damit auseinandersetzen, sondern ich sage jetzt ganz nüchtern und frage auch: Wie wird in dieser Situation mit der Position des Präsidenten des Landesamtes für Gesundheit und Soziales umgegangen, wenn es denn so ist, dass bestimmte Dinge aufgrund der uns allen bekannten Sachverhalte von dem aktuellen Präsidenten nicht

wahrgenommen werden können? Von wem werden sie dann wahrgenommen? Kann uns diese Person dann hier im Ausschuss Rede und Antwort stehen und genau die Fragen beantworten, die ich gestellt habe, die aber auch der Kollege Lauer gestellt hat? Die Fragen sind berechtigt. Wir wiederholen sie, und sie können nicht beantwortet werden. Das heißt, wir haben hier ein Problem.

Ich lasse mich auch nicht damit hinhalten, dass andere die Akten brauchen. Wir haben letzte Woche gehört, dass man für den Landesrechnungshof Kopien machen konnte und sogar schon damit angefangen hat. So kann ich mich erinnern. Wir können es im Wortprotokoll nachlesen. Es ist gar kein ungewöhnlicher Vorgang, dass auch sonst mehrere Ausfertigungen der Akten hier im Datenraum zur Verfügung gestellt werden. Das wäre auch eine Möglichkeit, das Ganze nicht in einer Art und Weise zu verkomplizieren, die das schwierig macht. Ich habe dieses Aufklärungsinteresse jetzt. Der Punkt, den der Kollege Reinhardt angesprochen hat, ist natürlich: Das ist nicht irgendetwas, um das ich bitten muss, sondern das ist mein verfassungsrechtlich garantiertes Recht, aus dem ich als Abgeordnete auch eine Pflicht ableite, dass ich mir das anschauen muss, um eine eigene Einschätzung vornehmen zu können. Daher wäre ich daran interessiert, dass wir in Aussicht gestellt bekommen, wann mit einer Akteneinsicht gerechnet werden kann. Da das vielleicht nicht in Ihrem Verantwortungsbereich liegt – aber das müssten Sie noch einmal konkret sagen –, sondern tatsächlich in der Prüfung bei der Senatskanzlei, würde ich zumindest erwarten, dass Sie das Drängen der Abgeordneten auch der Senatskanzlei zur Kenntnis bringen. Andernfalls würden wir es selber dort auch noch einmal zur Kenntnis bringen, denn das ist bei mir jetzt über eine Woche her. Ich hatte am vorletzten Donnerstag Akteneinsicht beantragt, und das ist jetzt schon sehr lang.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Bayram! – Ich mache darauf aufmerksam: Wir haben jetzt noch 15 Minuten. – Herr Krüger, bitte!

Joachim Krüger (CDU): Unbeschadet der jetzt gestellten Fragen und der Antworten, die sicherlich noch kommen werden, diskutieren wir hauptsächlich über den Antrag Drucksache 17/1850, und Ihnen liegt ein Änderungsantrag der Koalition vor. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um deutlich zu machen, dass wir auf der einen Seite natürlich sehen, dass in diesem Antrag sehr wichtige Dinge angesprochen worden sind, weil auch wir – wie Frau Radziwill schon betont hat – an der menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen genauso interessiert sind wie Sie. Das lassen wir uns auch nicht nehmen, das immer wieder deutlich zu machen. Nur, wir sehen bestimmte Dinge etwas anders und da ist die Frage der Ablehnung, die Sie im letzten Satz auf der ersten Seite – Einrichtungen von Containersiedlungen – eingebracht haben, für uns nicht tragbar. Da haben wir einen anderen Vorschlag. Wir unterstützen die Senatslinie an dieser Stelle, machen zugleich aber auch deutlich, dass natürlich die Einrichtung von standardisierten Wohnappartements nur ein Teil der Aktivitäten sein kann – und das ist auch der Fall –, die der Senat unternimmt. Natürlich wollen wir gleichzeitig deutlich machen, dass die Ertüchtigung leerstehender Gebäude als mittelfristige und dann durchaus auch längerfristige Lösung notwendig ist, dass wir auch nach wie vor sehr daran interessiert sind, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften mit in die Pflicht genommen werden. Wir erkennen, dass da in der letzten Zeit große Fortschritte erzielt worden sind, und das möchten wir weiterhin unterstützen. Deswegen dieser Änderungsantrag, auf den ich noch einmal ausdrücklich aufmerksam machen möchte.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Krüger! – Herr Lehmann, bitte!

Rainer-Michael Lehmann (SPD): Zum Antrag 4d) möchte ich nur noch einmal sagen, was ich letztens auch gesagt habe, dass auch weiterhin die Unschuldsvermutung gilt. Auch heute hatte ich in einigen Redebeiträgen wieder den Eindruck, dass es hier Vorverurteilungen gibt. Ich möchte doch sehr darum bitten, dass alle an der Stelle weiter sachlich diskutieren.

Zu unserem Änderungsantrag hat der Kollege Krüger das meiste schon gesagt. Mir ist noch einmal wichtig, an der Stelle hervorzuheben, dass durch den Berichtsauftrag, den wir an den Senat stellen, noch einmal eruiert und berichtet wird, wie denn die Koordination der unterschiedlichen Angebote im Zusammenspiel funktioniert, also gerade – auch ganz wichtig natürlich – die Bürgergesellschaft, die sozialen Träger und dann auch die Bezirke, alle die, die damit zusammenhängen. Es ist wichtig, dass das ineinander geht und gemeinschaftlich passiert. Das ist noch einmal ein wesentlicher Aspekt, den ich beitragen wollte. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Lehmann! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Es gibt jetzt keine weiteren Wortmeldungen. – [Elke Breitenbach (LINKE): Aber es gibt noch unbeantwortete Fragen!] – Welche Fragen sind noch unbeantwortet?

Elke Breitenbach (LINKE): Jetzt schreien wieder alle durcheinander. Es gibt ja immer so einen Fächer von Themen. Meine Fragen bezogen sich auf die Haarlemer Straße, den Sozialausschuss in Neukölln, den Brief von Herrn Feiler. Andere hatten andere Fragen. Ich blicke selbst nicht mehr durch.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Reinhardt, bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Es ging darum, ob Herr Senator Czaja schon einmal vor diesem Sommer bei Herrn Senator Nußbaum wegen Grundstücken angefragt hat.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Wer möchte antworten? – Herr Senator, bitte!

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Ich ging auch davon aus, Frau Breitenbach, dass wir noch ein paar Fragen dazu beantworten. Die Frage war, Frau Breitenbach: Hat es Verhandlungen oder Angebote zu dem Grundstück Haarlemer Straße gegeben? – Uns gegenüber nicht, aber natürlich habe ich das auch vernommen, was zwischen Herrn Krieger und Herrn Buschkowsky da so besprochen wird und was es an unterschiedlichen Bewertungen über Grundstückskaufpreis oder Ähnliches da auch in der BVV gegeben hat. Es gibt aber unsererseits kein Angebot. – [Elke Breitenbach (LINKE): Gibt es einen Brief von Herrn Feiler, dass es kein Interesse an diesem Grundstück gibt?] – An mich nicht. Ich kenne den Brief nicht. – [Canan Bayram (GRÜNE): Wurde die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales bei diesem Grundstückskauf beteiligt?] – Nein, soweit ich weiß, sind wir daran nicht beteiligt worden. – [Elke Breitenbach (LINKE): Na, wer weiß das denn?] – Frau Bayram! Sie konzentrieren sich im Grunde auf die Frage der 30 000 Euro, die sich innerhalb eines Verfahrens befunden hat. Selbst wenn es in diesem Zusammenhang überhaupt keine Vorwürfe gegen Herrn Allert geben würde, die von der Innenrevision derzeit geprüft werden, müsste dieser Vorgang auch erst von der Innenrevision bzw. von dem Sachbereich bearbeitet und beantwortet werden. Das ist derzeit der Fall. Sie tun so, als sei eine Fülle von Fragen nicht beantwortet. Das ist nicht die Wahrheit, sondern die Wahrheit ist, dass es sich um eine einzige Frage dreht, nämlich um die 30 000 Euro.

Der zweite Punkt, Frau Breitenbach: Gerade weil das doch so war mit der Haarlemer Straße – 8,2 Millionen Euro durch 730 Tage, durch 400 Bewohner ist immer noch günstiger als ein Hostel –, aber gerade weil das so ist, dass das Land in der Vergangenheit, und zwar seit dem Zweiten Weltkrieg, eine Politik betrieben hat, ausschließlich über den Tagessatz refinanzierte Objekte zu haben, die dann privaten oder freigemeinnützigen Einrichtungen gehören, gerade deswegen habe ich doch im Sommer mit dem Finanzsenator hinlänglich und auch am Beispiel der Haarlemer Straße gesprochen und gesagt: Es muss doch unser Interesse sein, dass das unsere Immobilien sind. – Alle im Land Berlin waren der Auffassung, dass das nicht geht, weil immer über den Tagessatz refinanziert wurde und weil die Motardstraße zehn Jahre unter Rot-Rot beibehalten wurde und das Land nicht selber gebaut hat, obwohl man 1 000 Flüchtlinge nicht im Monat, sondern im Jahr hatte. – [Ulker Radziwill (SPD): Das war aber linke Politik!] – Frau Radziwill! Ich nehme Sie da heraus. – Ich will doch auch gar keine Schuldzuweisungen an dieser Stelle machen, sondern ich will nur einmal deutlich machen, dass es eine besondere Anstrengung im Landesamt für Gesundheit und Soziales ist, in einer Phase, in der man ohnehin viele Flüchtlinge unterzubringen hat, gleichzeitig einen Paradigmenwechsel vorzunehmen.

Sie wissen, dass in den Neunzigerjahren – da war ich noch viel zu klein –, nachdem viele Flüchtlinge nach Berlin kamen, im Nachgang intensive Gespräche und Verhandlungen über die Tagessätze bei den Flüchtlingen stattgefunden haben. Als ich jüngst mit Frau Stahmer telefonierte, sagte sie, sie hatte damals 90 000 Flüchtlinge in Berlin untergebracht. Während des Kosovo-Krieges waren 40 000 Flüchtlinge untergebracht, jetzt sind es 20 000. Ich will das deswegen sagen, weil in der Vergangenheit auch bei höheren Zahlen kein Paradigmenwechsel vorgenommen wurde und dann sehr viel höhere Tagessätze bezahlt wurden, als es heute der Fall ist. Wir wollen diesen Sachverhalt ändern.

Lassen Sie uns doch wenigstens die Punkte herausarbeiten, wo wir Gemeinsamkeiten haben. Wenn wir gemeinsam der Auffassung sind, dass es besser ist, dass wir landeseigene Immobilien für diese Frage ertüchtigen und damit in die Anbieterrolle kommen und nicht weg von der Gewährleistungsrolle und die Betreiber selbst auswählen, wenn das unser gemeinsamer Konsens ist, dann wäre schon einmal Erstes erreicht. – [Ulker Radziwill (SPD): Zumindest in der Koalition ist Konsens!] – Ich glaube auch, dass im Parlament Konsens ist. – Wenn wir uns darüber einig sind, dass man dafür einen bestimmten Zeitraum braucht, dann kann man darüber diskutieren, ob es richtig gewesen wäre, zu einem Zeitpunkt, als die Grünen im Parlament – während der Haushaltsaufstellung, Haushaltsjahr 2014/2015, als wir darüber diskutierten – Vorschläge gemacht und gesagt haben: Das Land müsste eigentlich auf eigenen Grundstücken eigene Objekte errichten. – Das war im Übrigen die einzige Fraktion, die diese Frage im Hauptausschuss damals eruiert hat. Die Linken haben sich zurückgehalten, weil sie es auch zehn Jahre nicht gemacht haben, und die Piraten haben es damals auch nicht vorgeschlagen. Ich muss aber sagen, aus heutiger Perspektive hätte man höchstwahrscheinlich schon früher darüber nachdenken können. Ja, aber was nützt das heute? – Das nützt heute gar nichts, weil es zum damaligen Zeitpunkt auch unter Haushaltspolitikern und auch in der Senatsfinanzverwaltung überhaupt keinen Konsens darüber gab, von der Finanzierung über tagesgleiche Pflegesätze wegzukommen. Was nützt das also? Also haben wir unmittelbar im Sommer diese Debatte geführt.

Natürlich, Frau Breitenbach, wäre es richtig und sinnvoll, dieses Objekt in der Haarlemer Straße, das ich mir selbst auch angesehen habe – – Und ich sage, ich kann den Eindruck, der hier vermittelt wird, dass es sich um irgendeine Bruchbude handelt, überhaupt nicht nachvollziehen. – [Hakan Taş (LINKE): Es war nur von Schimmel die Rede. Haben Sie sie nur von außen gesehen, oder waren Sie auch drin?] – Ganz so dusselig, Herr Taş, dass ich mir eine Einrichtung von außen angucke, aber dann nicht reingehe, bin ich nicht. – Natürlich wäre es sinnvoll, eine solche Einrichtung länger zu betreiben. Ich höre, dass es Intentionen seitens des Eigentümers gibt und auch seitens des Trägers, dass man einen solchen Sachverhalt länger betreiben kann, aber das muss jetzt vertraglich gewährleistet werden. Ich werde den Vertragsverhandlungen an der Stelle nicht vorgreifen.

Richtig ist, dass ich mit Herrn Nußbaum im Sommer die Gespräche darüber geführt habe, unmittelbar, als ich aus dem Urlaub wiederkam. Ich habe das auch häufig gesagt im Juli, und als wir die Zahlen vom Juli gesehen haben, habe ich mit dem Finanzsenator die Gespräche begonnen über die Frage, wie wir die derzeitige Situation einschätzen und dass es richtig ist, einen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Und ich sage deutlich: Ich bin dankbar, dass das mit Herrn Nußbaum gelungen ist, denn das war nicht normal, dass das gelungen ist. Alle Kolleginnen und Kollegen, die in der Verwaltung waren, haben gesagt, einen solchen Versuch hat es auch schon zuzeiten von Frau Stahmer gegeben, und die sind damals alle kläglich an diesem Versuch gescheitert. Wie war es denn in Marienfelde? Wie lange musste da verhandelt werden, dass das Land diese Immobilie überhaupt übernimmt? Da war die Frage, dass das Land das Objekt verkauft usw.

Es dreht sich doch alles um eine einzige Frage, und die ist Bestandteil des Vertrages mit der PeWoBe. Das muss jetzt von der Innenrevision geprüft werden. Frau Bayram! Vermitteln Sie doch nicht den Eindruck, dass hier mehrere Fragen nicht beantwortet worden sind, sondern es ist einzig und allein ein Geschäftsvorgang, der hier offen ist, und, das ist richtig, der muss beantwortet werden, der muss zeitnah beantwortet werden. Sie müssen zeitnah die Akteneinsicht bekommen. Wir werden uns bei der Senatskanzlei auch gerne noch einmal dafür einsetzen. – Sie hören nicht mehr zu, Frau Bayram? – [Canan Bayram (GRÜNE): Doch!] – Dann wird das, wie sonst auch, hundertfach geübt und geprobt, auch in dieser Frage gelingen.

Jetzt hat Herr Allert noch ein paar Detailfragen, die er möglicherweise beantworten kann. – [Zuruf: Und der Besuch vor Ort?] – Ich finde den Besuch vor Ort – – Die Abgeordneten können sich anmelden. Wir haben ein geordnetes Verfahren. Wenn das die Sprecher machen – ja, gerne, natürlich. Das können wir sofort machen. Das wissen doch alle Beteiligten hier. Die besuchen doch regelmäßig Einrichtungen, oder, Herr Taş? – [Elke Breitenbach (LINKE): Nein, wir sind ja rausgeflogen! Aus der Haarlemer Straße übrigens!] –

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Allert, bitte!

Franz Allert (LAGeSo): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nach meiner Liste sind eigentlich die Einzelfragen beantwortet worden. Es ging noch mal um die 30 000 Euro. Darauf hat Herr Czaja gerade geantwortet. Bei mir ist eigentlich im Moment nichts offen. Allenfalls kann ich Sie, Frau Bayram, beruhigen. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales ist mit meiner Leitung weder handlungsunfähig insgesamt noch in diesem Bereich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Ein kurze Frage, Herr Czaja! Sie haben gesagt, Sie möchten den Vertragsverhandlungen nicht vorgreifen. Kann ich daraus schließen, dass es Vertragsverhandlungen um die Haarlemer Straße geben wird?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Allert!

Franz Allert (LAGeSo): Selbstverständlich! Ich hatte vorhin schon gesagt, dass wir bestrebt sind, das länger zu nutzen. Wir waren das von Beginn an. Wir haben auch von Beginn an deutlich gemacht, dass wir zu gegebener Zeit – jetzt haben wir sozusagen ein Jahr vor Ende dieses Vertrages – natürlich auch bemüht sind, dieses Objekt länger zu sichern.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Allert! – Gibt es noch Bemerkungen? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung. – Bitte?

Elke Breitenbach (LINKE): Bevor wir in die Abstimmung gehen, würde ich darum bitten, dass wir die Punkte im Antrag „Keine Vetternwirtschaft usw.“ einzeln abstimmen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Müssen wir darüber abstimmen? – Das brauchen wir nicht. Dann stimmen wir zunächst einmal über den Antrag 4c) ab. Das ist die Drucksache 17/1850. Da liegt der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die Oppositionsparteien. Damit ist der Antrag so angenommen.

Wir müssen dann aber auch noch, weil wir das immer so machen, über den Grundantrag abstimmen. Wer dem Grundantrag – [Peter Trapp (CDU): Mit den Änderungen!] – mit den Änderungen – na ja, die Frage ist, ob es ein Änderungs- oder ein Ersetzungsantrag ist; nehmen wir das als Änderungsantrag – zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind erwartungsgemäß wieder die Koalitionsfraktionen. Wer lehnt den geänderten Antrag in der geänderten Form ab? Wer enthält sich? – Das sind die Oppositionsparteien. Damit ist der Antrag in der geänderten Form angenommen worden.

Kommen wir zur Abstimmung des Antrags 4d). – Herr Lehmann!

Rainer-Michael Lehmann (SPD): Zu dem Antrag würde ich anregen, dass wir ihn heute nicht abstimmen. Letzten Endes stehen die Prüfungen und Ergebnisse noch aus. Wie sollen wir den denn an der Stelle abstimmen? Das fände ich sehr fragwürdig, und deshalb unser Geschäftsordnungsantrag, ihn heute nicht abzustimmen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Gibt es eine Gegenrede zu dem Geschäftsordnungsantrag? – Herr Reinhardt!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ich glaube, wir sind gerade nicht in einer Geschäftsordnungsdebatte. Wir haben die ganze Aussprache hinter uns und sind gerade in der Abstimmung, und in der Abstimmung ist es zu spät, um zu vertagen. Deswegen schlage ich vor, dass wir zur Abstimmung schreiten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Faktisch können wir jetzt über den neuen Geschäftsordnungsantrag natürlich entscheiden. Sie tun sich damit einen Gefallen. Ich befürchte, wenn wir den Antrag jetzt diskutieren, wird er eh weggestimmt.

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Dann würde ich eine Gegenrede gegen den Antrag von Herrn Lehmann machen. Mit dem Titel wird der sowieso nie von der Koalition angenommen. Insofern habe ich auch keine Hoffnung, dass es in Zukunft passiert, und wir können jetzt gerne zur Abstimmung schreiten. Inhaltlich stehe ich zu allem, was da drin steht, und würde daran appellieren, dass zugestimmt wird.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Es gab jetzt eine Für- und eine Gegenrede. Wer dem Antrag des Kollegen Lehmann zustimmen will, diesen Antrag zu vertagen, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? Das sind die übrigen drei Fraktionen. Damit ist der Antrag auf Vertagung angenommen. Wir werden dann auch so verfahren.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen des Wegfalls der Bürgerarbeit
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0206](#)
GesSoz

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Situation der Seniorenwohnungen in den Berliner Bezirken
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0199](#)
GesSoz

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.